



Quelle: iStock | Yalana

INHALT

2 | Demokratie unter Druck? Rechtsextremismusprävention unter Druck!

Fachstelle Rechtsextremismusprävention

5 | Nicht alle gleich!

Eine Typenbeschreibung von rechtsextrem orientierten Jugendlichen
Silke Baer, cultures interactive e. V.

8 | Leerstellen der Ausstiegarbeit

Dr. Stefan Tepper, Landes-
Demokratiezentrum Niedersachsen

16 | Breathe in – Break out! durch Hip Hop in Halle

Max Rademacher, Breathe in – Break out!

Rechtsextreme Normalitäten

Rechtsextremismus ist und war nie ein Phänomen der gesellschaftlichen Ränder. Viel mehr waren autoritäre, menschenverachtende und demokratiefeindliche Bestrebungen immer schon Teil gesamtgesellschaftlicher Diskurse. In den letzten Jahren, spätestens seitdem auch in Deutschland Rechtsextreme wieder in Landesparlamenten und im Bundestag vertreten sind, müssen wir uns trotzdem der bitteren Erkenntnis stellen, dass die Verstärkung rechtsextremer Ideologien in breiten Teilen der Bevölkerung eine neue Qualität erreicht hat. Rechtsextreme Positionen sind und werden stetig normalisiert und das was, als »normal« gilt, trägt zunehmend Züge des Rechtsextremismus in sich.

Dieses Heft wird daher mit einer Bestandsaufnahme eröffnet, in der wir ein Schlaglicht werfen auf konkrete Situationen, die der Fachstelle Rechtsextremismusprävention von cultures interactive von Jugendarbeiter*innen vor Ort berichtet wurden und die zeigen, in welchem Ausmaß Jugend- und Sozialarbeiter*innen mit Rechtsextremismus konfrontiert sind.

Dass die »rechtsextreme Normalität« sich auch auf Jugendliche auswirkt und ein besseres Verständnis verschiedener Typen rechtsextrem orientierter Jugendlichen erfordert, argumentiert Silke Baer in ihrem Artikel »Nicht alle gleich!«. Silke Baer verschriftlicht hier ihre Gedanken zu einer differenzierteren Betrachtung einer oft vernachlässigten Adressat*innengruppe der Rechtsextremismusprävention. Mit einer kritischen Analyse der »Leerstellen der Ausstiegsarbeit« gibt Dr. Stefan Tepper, einer der profiliertesten Praktiker und Kenner der Ausstiegsarbeit in Deutschland, anschließend neue Impulse

zur Fortentwicklung eines Handlungsfeldes, das angesichts des Erstarkens des Rechtsextremismus in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Ein Praxiseinblick des Projekts »Breathe in – Break out! – Empowerment durch Hip-Hop in Halle« beschließt dieses Heft. Wie Empowermentprozesse lebensweltorientiert und bedarfsgerecht erfolgen können, fragt Max Rademacher, Mitbegründer des Projekts, das seit 2013 junge Menschen in Halle vermittelt durch die Jugendkultur Hip-Hop zu gesellschaftspolitischer Partizipation befähigt.

#Rechtsextremismus

#Jugendarbeit

#Schulsozialarbeit

Demokratie unter Druck? Rechtsextremismusprävention unter Druck!

FACHSTELLE RECHTSEXTREMISMUSPRÄVENTION

Im ersten Halbjahr 2023 gingen bei der Fachstelle Rechtsextremismusprävention (fa:rp) von cultures interactive deutlich mehr und deutlich brisantere Anfragen aus Jugendarbeit und Schule, aber auch von Trägern der zivilgesellschaftlichen Arbeit, etwa von Partnerschaften für Demokratie oder von Respekt Coaches ein. Auch unsere Netzwerkpartner und andere Fachorganisationen bestätigen diesen Trend. Ebenso zeigen öffentlich bekannt gewordene Vorfälle genau wie das Bekanntmachen von tagtäglichen und vehementen Äußerungen von Schüler*innen mit rechtsextremen Bezügen und die Bedrohungslage durch rassistische Übergriffe, dass sich das Problem Rechtsextremismus weiter verschärft bzw. immer offensichtlicher wird.

Die Problemstellungen sind teilweise in ihrer Tiefe und Komplexität erschütternd. Gleichzeitig können sie nicht verwundern. Denn schließlich ist genau das eingetreten, wovor Fachexpert*innen seit Jahren warnen: Wenn rassistische und rechtsextreme Äußerungen in Orten und Institutionen nicht ausreichend ernst genommen, (mutwillig bzw. fahrlässig) übersehen oder gar befürwortet werden, wenn Verwaltung,

Polizei und Justiz nicht allorts mit der nötigen Entschiedenheit gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit vorgehen und wenn sich rechtsextreme Grundhaltungen wie Eurozentrismus und nationalistisch geprägte Ablehnung von Migration und Gleichstellungsrechten auch durch das parlamentarische Agieren mancher Parteien plötzlich als legitime Diskurse im politischen Alltag etablieren, dann wird es immer schwieriger, gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Die Folgen für manche Regionen und deren Gemeinschaftsräume wie Schulen, Markt- und Sportplätze oder Jugendklubs sind schlichtweg erdrückend. Jugendarbeiter*innen und Lehrkräfte haben dabei seit Jahren eine Mammutaufgabe zu stemmen. Sie müssen menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Äußerungen angemessen begegnen. Gleichzeitig müssen sie Jugendliche, die in das Feindbildschema von Rechtsextremen passen, schützen. Und dabei mit allen Jugendlichen, die ihre Einrichtungen besuchen, sowie deren Familien und ihrem Umfeld in einem konstruktiven Dialog bleiben, um ihrem pädagogischen bzw. bildnerischen Auftrag gerecht zu werden. Ihre personellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen reichen dafür oft nicht aus.



picture alliance | Jens Kalaene

RECHTSEXTREME BEDROHUNGSLAGEN AN SCHULEN UND IN DER JUGENDSOZIALARBEIT

Wie vielfältig und schwer die Herausforderungen sind, soll der folgende skizzenhafte Überblick mit besonders augenfälligen Schilderungen aus Beratungen und Fortbildungen der Fachstelle Rechtsextremismusprävention darstellen. Es handelt sich dabei nur um einen Ausschnitt aus den Monaten März bis September 2023. Um die Kolleg*innen vor Ort zu schützen, werden hier nur die jeweiligen Bundesländer angegeben.

Sachsen-Anhalt: Eine Fachkraft, die sich gegen Rassismus einsetzt und Workshops vor Ort koordiniert, berichtet von rechten Strukturen, die versuchen, sich

über AGs oder Stellen an den Schulen zu installieren. Die Fachkraft wurde schon mehrfach von guten Bekannten darauf angesprochen, sich selbst politisch nicht so zu exponieren. Für Projekte gegen Gewalt und Rassismus gibt es häufig wenig Unterstützung aus Verwaltung, Politik und von der Zivilgesellschaft. Zudem beschreibt sie ihre Arbeit als unterfinanziert.

Mecklenburg-Vorpommern: Eine Sozialarbeiterin, die in einem Nachbarschaftshaus für die Jugendarbeit und Demokratiewerkstatt zuständig ist, erzählt, dass sie zwar um die zum Teil gefährlichen rechtsextremen Strukturen in der Region weiß, aber lange von Angriffen nur von Kolleg*innen gehört hatte. Zuletzt hat sie jedoch selber die bedrohliche Situation erlebt, dass sie die Straße entlangging und ein Auto längere Zeit

in Schrittgeschwindigkeit neben ihr herfuhr. Das Auto war voll mit rechtsextremen Aufklebern und Codes. Irgendwann fuhr es weiter. Seither fragt sie sich, ob die Gefahr besteht, dass sie tätlich angegriffen wird.

Sachsen: Eine Kollegin aus der Straßensozialarbeit zeigt sich bei einer Fachberatung zu einer Jugendlichen stark betroffen. Weniger, weil sie sich dem Fall fachlich nicht gewachsen fühlt, sondern weil ihre Arbeitsumstände und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so schwierig geworden sind: regelmäßige Fackelmärsche im Ort, Beleidigungen und Bedrohungen gegenüber ihrer Person und gegenüber der Einrichtung, in der sie arbeitet und in der sie sich für ein demokratisches Zusammenleben einsetzt, erschweren ihre Arbeit immens.

Brandenburg: Ein Jugendarbeiter mit jahrzehntelanger Streetworkerfahrung erzählt in einer Fortbildung, dass die rechtsextreme Gewalt vor Ort ein organisiertes Maß erreicht hat, bei dem regelmäßig in Mixed Martial Arts ausgebildete Rechtsextreme »Linken« auflauern, diese jagen, zusammenschlagen oder zuhause bedrohen. Die Bedrückung und Bedrohung unter denen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, steigt immens, weshalb viele die Region verlassen.

Thüringen: Ein anderer Jugendarbeiter stimmt zu, dass es in seiner Region ähnlich sei: Rechtsextreme besetzen die Kampfsportschulen und den öffentlichen Raum, es herrscht höchste Bedrohungslage. Auch hier reagieren die Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, sehr bedrückt, resigniert, depressiv. Polizei und Verwaltung unterstützen nicht, nehmen rechtsextreme Gewalt nicht ernst, gehen aber umso intensiver gegen »linke« Vergemeinschaftungen vor. Das habe – so die Analyse des Jugendarbeiters – die rechtsextremen Szenen in den letzten Jahren stark gemacht.

Sachsen: Ein Sozialraumkoordinator sucht bundesweit nach sekundären Präventionsangeboten für Schule und Jugendarbeit. In der Region funktionierten primärpräventive Angebote nicht mehr, denn es gebe keinen Träger, der auch Interventionen bei rechtsextremen Störungen anbietet, mit denen ganze Projektstage verhindert oder die beteiligten Träger zum Abbruch gezwungen werden.

Berlin: In einer Schulklasse sind fünf Jugendliche, die sich deutlich rechtsextrem äußern und bereits an rechtsextreme Gruppierungen angebunden sind. Es gibt auch andere, die sich islamistisch begründet menschenverachtend äußern. Die Lehrkräfte sind überfordert, benötigen Coaching und Begleitung, um andere Jugendliche vor entsprechenden Äußerungen zu schützen. Für Interventionen und Präventionsprojekte scheint es bereits zu spät, da die Jugendlichen die Schule demnächst abgeschlossen haben.

Brandenburg: Eine Beraterin aus einer Betroffenenberatung erzählt, dass der »Dritte Weg« und andere rechtsextreme Organisationen eine sehr gute Jugendarbeit vor Ort machen und sie bzw. die örtliche Jugendarbeit im Vergleich zu diesen Angeboten keine Chance hat.

Thüringen: In zwei Fortbildungen mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Umweltarbeit, Sozialarbeiter*innen, Lehrkräften und einer Schuldirektorin wird deutlich, wie sehr die Handlungsoptionen abgenommen haben. Die Kolleg*innen verfügen bereits über fundiertes Wissen: Sie erkennen Rechtsextremismus, wissen um die rechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit und versuchen, den teilweise übermächtig erscheinenden menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Haltungen in ihrer Umgebung etwas entgegenzusetzen. Sie beschreiben das jedoch als immens kräftezehrend und geben an, dass die Unterstützungsstrukturen an vielen Stellen versagen. Die Anzeige gegen einen Schüler, der einen Hitlergruß zeigte, musste zurückgenommen werden. Die Eltern hatten sich anwaltliche Unterstützung gesucht und da die Lehrkraft in der Situation mit dem Schüler allein war, stand Aussage gegen Aussage. An einer anderen Schule werden Lehrkräfte permanent aufgefordert, die Seite 88 aufzuschlagen und Schüler*innen schreiben statt ihrem Namen vorne »Adolf Hitler« in die Schulbücher. In beiden Fällen kommen die Jugendlichen aus rechtsextremen Elternhäusern. Die rechtsextremen »Störenfriede« kommen teilweise gut an bei den Gleichaltrigen und es besteht große Sorge, dass andere Jugendliche ihre Meinungen übernehmen. »Es ist wie eine unaufhaltsame Welle, die immer mehr Menschen mitspült. Wir fühlen uns hilflos.« So beschrieb eine Fortbildungsteilnehmerin die Situation in ihrem Landkreis in Bezug auf Rechtsextremismus.

FLEXIBLE ANGEBOTE DER SEKUNDÄRPRÄVENTION SIND NÖTIG

Für diese Gemengelage scheinen die bestehenden Angebote oft nicht auszureichen. Gut wären regelmäßige (Gruppen)Angebote mit sekundärpräventiven Interventionsmöglichkeiten für Schulen mit Problemlagen wie oben beschrieben. Auch bei den Schulprojekttagen von cultures interactive, bei denen in speziellen Interventionsgruppen Kontakt zu rechtsinvolvierten Jugendlichen entsteht, fällt regelmäßig auf, dass es einige Jugendliche gibt, an denen man ad hoc »dranbleiben« müsste, um mit ihnen über ihre durchaus vorhandenen Zweifel an rechtsextremen Ideologien zu sprechen und sie im besten Fall nach einigen Einzelinterventionen an örtliche Distanzierungsangebote verweisen zu können.

Allerdings fehlen meist die notwendigen Kapazitäten und Netzwerke, um weiter mit diesen Jugendlichen zu arbeiten.

Zu den notwendigen Netzwerken gehört auch eine gute Verbindung zu Jugendämtern und Jugendhilfestrukturen, die einbezogen werden müssten, um etwa für jüngere Kinder aus rechtsextremen Elternhäusern Möglichkeiten der Intervention zu prüfen. Außerdem braucht es mehr denn je eine sichere und langfristige Finanzierung von Jugend- und Schulsozialarbeit sowie von spezialisierten Fachträgern der Prävention und pädagogischen Intervention. Und angesichts der schwierigen Lage sind in manchen Regionen deutlich mehr und auf die aktuellen Bedarfslagen angepasste Angebote insbesondere im Bereich der pädagogischen Intervention/Sekundärprävention nötig.

#Rechtsextremismus

#Distanzierungsarbeit

#Jugend

Nicht alle gleich!

Eine Typenbeschreibung von rechtsextrem orientierten Jugendlichen – für einen adressat*innengerechten Umgang mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Haltungen

VON SILKE BAER, CULTURES INTERACTIVE

Wer angemessen mit rechtsextrem orientierten oder gefährdeten Kindern und Jugendlichen umgehen will, stößt inzwischen auf recht unterschiedliche Typen, nicht nur in Bezug auf die (Aus)Prägung rechtsextremer Haltungen, sondern auch in Bezug auf die jeweiligen Hinwendungshintergründe. Während in den 1980er, 1990er und 2000er Jahren mit rechtsextremen Jugendlichen vornehmlich jene gemeint waren, die sich, allein oder in der Gruppe, jedoch bewusst, eigenmotiviert und meist noch gegen den Willen der Eltern (subkulturellen) Szenekontexten anschlossen, sieht das inzwischen entschieden anders aus. Im Folgenden soll diese Ausdifferenzierung deshalb anhand einer modellhaften Typenbeschreibung von rechtsextremen Kindern

und Jugendlichen dargestellt werden. Die beschriebenen drei Typen wurden mehrfach in Fachkreisen aus Wissenschaft und Praxis diskutiert und dort – bei aller Einzigartigkeit von biografischen Verläufen, denen kein Modell gerecht werden kann – in ihrer Relevanz bestätigt. Schließlich scheint eine solche systematisierte Ausdifferenzierung auch für den pädagogischen Umgang nötig. Denn die jeweiligen politischen Hintergründe und die persönliche Motivation für eine Entwicklung hin zum Rechtsextremismus spielen eine entscheidende Rolle bei der Frage, wie und vor allem auch mit welchen Mitteln junge Menschen für eine Distanzierung von rechtsextremen Haltungen zu erreichen sind. Und welche vielleicht eher kontraproduktiv sind.

EIN VORSCHLAG FÜR DREI TYPEN

Typ 1: Jugendliche, die sich in einem aktiven Hinwendungsprozess befinden

Natürlich gibt es nach wie vor Heranwachsende, die sich eigenmotiviert rechtsextremen Gruppen in ihren on- und offline-Lebenswelten anschließen. Sie fühlen sich von den jugendkulturellen und jugendarbeiterischen, pseudo-fürsorglichen Angeboten rechter Organisationen angesprochen, von der Spannung, die von Aktivitäten wie geheimen Konzerten und Treffen sowie von szeneeigenen Geheimcodes und gegenseitiger Bestärkung ausgehen. Sie können etwas anfangen mit der Möglichkeit, Gewalt physisch oder psychisch auszuüben, andere abzuwerten und sie schätzen das vermeintliche Versprechen der persönlichen Aufwertung als Deutsche*r oder weiße*r. Außerdem gefällt ihnen die Vorstellung, an einer wichtigen Sache »für Volk und Vaterland« teilzuhaben. Vielleicht decken sich einige ideologische Elemente mit ihren bisherigen politischen Haltungen, vielleicht finden sie rechte Szenen cool, weil ihre Freund*innen es tun. Auf jeden Fall empfinden sie die rechtsextreme Szene als persönlich attraktiv und befinden sich in einem eigenmotivierten Hinwendungsprozess. Diese jungen Menschen sind klassische Adressat*innen der sogenannten Einstiegsprävention. Angebote der frühen Distanzierungsarbeit¹ können diese ggf. über Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe erreichen und versuchen, mit ihnen andere, nicht-demokratiefeindliche und -menschenverachtende Perspektiven zu erarbeiten. Hier gilt auf jeden Fall: je früher, desto besser.

Typ 2: Milieuorientierte Jugendliche mit Haltungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit/ Pauschalisierenden Abwertungskonstruktionen

Mit Typ 2 sind Jugendliche beschrieben, die sich nicht eigenmotiviert rechtsextremen Szenen anschließen, sondern vielmehr unreflektiert und wenig widersprochen in Wort und Habitus wiedergeben, was ihr Umfeld äußert. Ich beschreibe sie als »Milieuorientierte Jugendliche mit Haltungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)/Pauschalisierenden Abwertungskonstruktionen« (Möller 2018)². Sie grenzen sich von den unter Typ 1 skizzierten Jugendlichen insbesondere insofern ab, als dass sie sich nur bedingt bewusst sind, wie problematisch ihre Äußerungen sind. Denn sie bewegen sich damit

innerhalb der Norm, die sie umgibt. Diese Norm wird von Gleichaltrigen, Familien, Nachbar*innen, auch einzelnen Lehrkräften oder Kommunalpolitiker*innen u.a. geteilt und besteht aus rassistischen Vorurteilen, der Ablehnung von Gleichwertigkeitsvorstellungen und Demokratieverachtung. Diese Milieus haben sich in manchen Regionen leider deutlich verstärkt und werden das auch weiter tun, wenn dieser Entwicklung nichts entgegengesetzt wird. Neben einem handlungsfähigen Rechtsstaat und seinen Sicherheitsbehörden, einer engagierten Zivilgesellschaft, die Haltung zeigt und der gebotenen Arbeit mit Erwachsenen ist hier ein vielfach verstärktes Angebot an lebenswelt- und jugendorientierter politischer Bildung, Gesprächsgruppen und Intensivtrainings zur Reflektion von Abwertungskonstruktionen und zur Ermöglichung von alternativen sozialen Erfahrungen nötig, um diese Jugendlichen aktiv mit anderen politischen Haltungen in Berührung zu bringen und ihnen neue Perspektiven zu ermöglichen.

Typ 3: Kinder rechtsextremer Familien

Typ 3 sind nun jene Kinder oder auch schon Enkel, die in rechtsextremen oder post-rechtsextrem-aktiven³ Familienkontexten der Neonazis aus den 1990er und 2000er Jahren aufwachsen. Sie sind in den Rechtsextremismus quasi hineingeboren und haben von klein auf eine Ideologie verinnerlicht, die demokratische, dialogische Aushandlung und Kompromissfindung als Schwäche auslegt. Eine Ideologie, in der stattdessen Hierarchien, Führerprinzip sowie militärische Disziplin und Stärke als Maßstab gelten, in der Kinder sich unterzuordnen und zu gehorchen haben, in denen Freund-Feind-Schemata grundlegend für die Kindererziehung sind, in der Kinder lernen, dass Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe, nicht-deutscher Herkunft, mit jüdischer oder muslimischer Religionszugehörigkeit minderwertig seien. Und sie lernen, dass alle, die das anders sehen, als »Volksverräter« zu betrachten sind, auf die sie nicht hören sollen und die sie auch nicht mögen dürfen. Damit wird den Kindern eine Integration in die Welt, die sie umgibt, verbaut. Sie leben in abgeschlossenen Kosmen und Parallelwelten. Wenn sie mit der Welt der anderen (dem von ihnen sogenannten »gesellschaftlichen Mainstream«) in Berührung kommen, etwa durch die Schulpflicht, tragen sie eine immense Last, denn sie dürfen hier niemandem vertrauen und glauben. Das gilt auch für ihre Beziehung zu Gleichaltrigen, mit

¹ Mehr Infos zur Distanzierungsarbeit finden sich in Folge 6 des Podcasts »Rechtsextremismusprävention kompakt« der fa:rp.

² Möller, Kurt (2018): Das Konzept »Pauschalierende Ablehnungskonstruktionen« (PAKO) und die KISSeS-Strategie – Theoretische Grundlagen, empirische Befunde und zentrale Schlussfolgerungen. In »Wer will die hier schon haben?« Ablehnungshaltungen und Diskriminierung in Deutschland, hrsg. von Möller, Kurt und Neuscheler, Florian. Stuttgart: Edition Kohlhammer, 91–110.

³ Damit sind jene Familien gemeint, in denen niemand mehr aktiv in der rechtsextremen Szene ist, aber in denen die Haltungen weiterwirken.



Quelle: iStock | Sinenkiy

denen sie oft keine Freundschaft schließen dürfen. Und sie müssen unterschiedliche Wertesysteme verarbeiten und dabei die Dilemmata und inneren Konflikte, die das für sie zwangsläufig bedeutet, für sich in Einklang bringen. Dabei sind Kinder und Jugendliche, die in rechtsextremen Familien aufwachsen, jeweils unterschiedlich stark beeinflusst und in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. Die Spektren reichen von Eltern, die selbst nicht mehr rechtsextrem aktiv sind, aber noch von den Denkweisen und Mentalitäten einer rechtsextremen Ideologie geprägt sind, bis zu in sich geschlossene Gesellschaften völkischer Siedler*innen⁴ oder Familien, die die Weitergabe eines rechtsextremen Wertekorsetts an ihre Kinder als oberste Aufgabe begreifen.⁵ Ob und inwieweit staatliche Eingriffsmöglichkeiten nötig und sinnvoll sind, ist immer im Einzelfall zu prüfen. Allerdings ist ein Einwirken durch das Jugendamt in diese Familien meist sehr schwer, denn man bekommt kaum Zugang, außer es lassen sich gewichtige Hinweise

für eine Kindeswohlgefährdung nachweisen. Jugendämter und Träger von ambulanten und stationären Jugendhilfeangeboten sind hier besonders gefordert. In Teil 4 der Reihe zur Distanzierungsarbeit der Fachstelle Rechtsextremismusprävention sind einige Anregungen für mögliche Zugänge und geeignete Jugendhilfemaßnahmen vorgedacht und skizziert.⁶

GEMEINWESENORIENTIERTE STRATEGIEN DER RECHTSEXTREMISMUSPRÄVENTION SIND NÖTIG

Mit Blick auf die dargestellten gesellschaftlichen Entwicklungen und Normalisierungen von rechtsextremen Haltungen sowie die Ausdifferenzierung von Problemlagen in Bezug auf rechtsextrem orientierte Jugendliche lässt sich folgendes zusammenfassen: Es braucht gemeinwesenorientierte Strategien, um einer weiteren Verschlimmerung entgegenzuwirken.

⁴ Amadeu Antonio Stiftung (2014): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. Online auf amadeu-antonio-stiftung.de.

⁵ Vgl. Fachstelle Rechtsextremismus und Familie/Lidice Haus (Hrsg.) (2021): Funktionalisierte Kinder. Kindeswohlgefährdung in Neonazifamilien. Eine Hilfestellung für Fachkräfte in den Bereichen Recht und (Sozial-) Pädagogik. Bremen. Online verfügbar auf komplex.de.

⁶ Baer, Silke (2022): Distanzierungsarbeit (4). Bedarfe der Weiterentwicklung für pädagogische Interventionen zur Stärkung menschenrechtlicher und demokratischer Haltungen. Online auf cultures-interactive.de.

Dabei kommt es u.a. darauf an, Jugendlichen zahlreiche, regelmäßige und gezielte Angebote der politischen Bildung und pädagogischen Intervention zu machen, in denen menschenrechtliche und demokratische Haltungen – auch trotz eines problematischen Milieus – weitreichend gestärkt werden können. Darüber hinaus sind viel mehr aufsuchende und qualifizierte Erstanspracheangebote nötig, um Jugendliche zu motivieren und zu unterstützen, ihre vorherrschenden Perspektiven zu reflektieren und ggf. andere einzunehmen (Typ 2) und um im besten Fall dabei Abwendungsprozesse von rechtsextremen Kontexten und Haltungen anzustoßen und verantwortlich begleiten zu können (Typ 1 und 3).

Dafür bedarf es einer starken Förderung der Bereiche Jugendarbeit und Schulsozialarbeit sowie einen deutlichen bundesweiten Ausbau an sekundären Präventionsangeboten, zumindest für Brennpunkte des Rechtsextremismus. Um das zu gewährleisten, könnten z. B. Jugendhilfeträger, die Sozialtrainings und Anti-Gewalt-Trainings anbieten, zusätzlich qualifiziert werden. Und es müssen weitere neue Arbeitsstrukturen von Jugendarbeit, Schule/Schulsozialarbeit und Gemeinwesen in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern geschaffen werden. Auf keinen Fall aber sollte in den Bereichen gespart werden, die einer weiteren Verstärkung von rechtsextremen Dynamiken etwas entgegensetzen können. Das wäre fatal.

#Ausstiegsberatung

Leerstellen der Ausstiegsarbeit

VON DR. STEFAN TEPPER, LANDES-DEMOKRATIEZENTRUM NIEDERSACHSEN

Seit Beginn der 2000er Jahre gibt es in Deutschland professionelle Ausstiegsberatungen, die von staatlichen oder von zivilgesellschaftlichen Trägern betrieben werden.¹ In den vergangenen etwas mehr als 20 Jahren hat dieses Berufsfeld einen evolutionären Prozess durchlaufen und sich sukzessive ausdifferenziert. Im folgenden Artikel soll auf Leerstellen professioneller Beratungsarbeit im Kontext von Abwendungsprozessen eingegangen werden.

BEGRIFFSBESTIMMUNG: AUSSTIEG, DISTANZIERUNG UND ABWENDUNG

Dafür gilt es, zunächst einige zentrale Begriffe zu klären. Dieser Artikel nimmt zuvorderst Ausstiegsarbeit in den Fokus. Ausstiegsarbeit wird dabei, in Orientierung an der Förderlogik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von Distanzierungsarbeit abgegrenzt. Das Bundesministerium unterscheidet zwischen Beratungsangeboten, die sich an Menschen wenden, die bereits eine Abwendungsmotivation ausgebildet haben (Ausstiegsarbeit), und

der Beratung von Menschen, bei denen von außen eine Abwendungsmotivation erst noch erzeugt werden muss. Diese wird als Distanzierungsarbeit bezeichnet. Im vorliegenden Text werden zudem die Begriffe ›Ausstiegs-‹ und ›Distanzierungsarbeit‹ für konkrete Beratung(sangebote) verwandt. Für generelle Prozesse der Abstandnahme von rechtsextrem orientierten Haltungszusammenhängen, virtuellen oder realweltlichen Personenzusammenschlüssen wird die Bezeichnung ›Abwendung‹ genutzt.² Die Verwendung des Abwendungsbegriffs ist auch vor dem Hintergrund sinnvoll, dass der Begriff ›Ausstieg‹ wenigstens suggeriert, es sei möglicherweise ›nur ein Schritt‹ zu vollziehen, um sich vom Rechtsextremismus abzuwenden. Der Begriff ›Ausstieg‹ verdeckt also das Prozesshafte im Abwendungsgeschehen. Zudem wird der Eindruck erweckt, als würde mit einem ›Ausstieg‹ eine von der Mehrheitsgesellschaft abgelöste Gruppe verlassen und sich in eine Gesellschaft hineinbegeben, in der Rechtsextremismus keinen Platz hat. Das trifft allerdings weder auf sozialer noch auf der Einstellungsebene zu, wie nicht zuletzt die aktuelle Studienlage zeigt.³ Und schließlich wohnt dem

¹ Wesche (2014): 149–160.

² Tepper (2020a).

³ Zick/Küpper/Mokros (Hrsg.) (2023).

Begriff ›Ausstieg‹ etwas Endliches, Abgeschlossenes inne. Tatsächlich ist aber lediglich die Ausstiegsbegleitung endlich, während Abwendungsprozesse – insbesondere auf der Haltungsebene – eine Ausstiegsbegleitung bei weitem überdauern können.

Ungefähr die Hälfte der in Deutschland tätigen Ausstiegsangebote, nämlich alle zivilgesellschaftlichen, unterliegen der Förderlogik des Bundesfamilienministeriums. Für sie könnten Begriffsfestlegungen des BMFSFJ deshalb wirkmächtiger sein als der wissenschaftliche Diskurs über das Für und Wider der Begriffe ›Ausstieg‹ und/oder ›Distanzierung‹ zur Analyse und Beschreibung (von Beratungen im Kontext) von Abwendungsprozessen. Werden Ausstiegsberatung und dezidierte Distanzierungsarbeit (i. S. d. BMFSFJ) einander gegenübergestellt,⁴ scheinen beide Beratungsstränge im unmittelbaren Klient*innenkontakt eine vergleichbare Arbeit zu leisten: Es geht um das biographische Nachvollziehen der Hinwendungsprozesse; das Suchen und Anbieten funktionaler Äquivalente zu szenischen Sinnstiftungs-, Anerkennungs-, Zugehörigkeits-, Identitäts-, Selbstwirksamkeits- und vielen weiteren Angeboten; um das Anregen und Moderieren von Reflexionsprozessen, die Vermittlung von Lebensgestaltungs Kompetenzen und anderes mehr.

Wenn beide Beratungsstränge genauer betrachtet werden, deuten sich jedoch einige Unterschiede an. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, dass es jeweils spezieller Fähigkeiten, Werkzeuge und Ressourcen bedarf, um diesen Unterschieden gerecht zu werden und Ausstiegs- wie auch Distanzierungsarbeit adäquat umsetzen zu können. So versucht Distanzierungsarbeit beispielsweise, über Workshops im Gruppensetting in den direkten Kontakt mit Beratungsnehmer*innen zu treten,⁵ während Aussteigerprogramme ihre Klient*innen entweder über personalisierte Einzeladressierungen oder über generalisierte Adressierungen zu gewinnen suchen.⁶ Dazu kommt, dass die Adressat*innen der Distanzierungsarbeit zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme noch nicht über eine Abwendungsmotivation verfügen. Diese muss bei ihnen erst erzeugt werden,⁷ während die Ausstiegsberatung in der Regel eine bereits vorhandene Abwendungsmotivation voraussetzt und diese unmittelbar aufgreifen kann.⁸ Das hat Auswirkungen: Das Beratungsmandat wird in der Distanzierungsarbeit nicht durch die Adressat*innen erteilt,

sondern durch die Beratenden selbst. Die Mandatierung durch die Beratungsnehmer*innen muss später nachgeholt werden.⁹ In Ausstiegsberatungen dagegen wird das Mandat selbst bei einer Kontaktvermittlung durch Dritte von den Beratungsnehmer*innen erteilt, denn sie geben an, eine Hilfestellung zu wünschen.¹⁰ Schließlich gestaltet sich Distanzierungsarbeit als Gruppen- wie auch als Einzelfallarbeit.¹¹ Ausstiegsarbeit ist demgegenüber ausschließlich als Einzelfallarbeit angelegt.¹²

Ein weiterer Unterschied neben diesen unterschiedlichen Motivationen besteht darin, dass Distanzierungsarbeit Menschen noch vor einer möglichen (einschlägigen) Delinquenz adressiert. Deshalb bedürfen Distanzierungsarbeit und Ausstiegsarbeit möglicherweise unterschiedlicher Radikalisierungsbegriffe. Im Kontext der Distanzierungsarbeit sind daher Radikalisierungsbegriffe nötig, die auch ohne Radikalisierungsverläufe in die Gewalt auskommen.¹³ Radikalisierungskonzepte, die Devianz und Delinquenz als (zwingenden) Bestandteil voraussetzen, funktionieren hingegen für das Gros der Ausstiegsbegleitungen, weil sich diese explizit (auch) an Straftäter*innen wenden.

Diese kurze und bestimmt nicht finale Gegenüberstellung verdeutlicht, dass eine synonyme Nutzung der Begriffe ›Ausstieg‹ und ›Distanzierung‹ nicht nur fachlich unangebracht erscheint. Eine Gleichsetzung der beiden Begriffe verwischt potenzielle Unterschiede und birgt das Risiko, Adressat*innenzugänge und methodische Anknüpfungspunkte unsichtbar werden zu lassen. Diese können jedoch grundsätzlich geeignet sein, qualitative Weiterentwicklungen sowohl des einen wie auch des anderen Beratungsstranges voranzubringen – was letztlich den Beratungsnehmer*innen insgesamt zugutekäme.

ANZEICHEN EINER ERFOLGREICHEN ABWENDUNG

Die Praxis der Ausstiegsberatung ist zwischenzeitlich verschiedentlich beschrieben worden.¹⁴ Doch wie lässt sich überhaupt feststellen, ob sich ein Mensch von rechtsextremen Haltungszusammenhängen und Strukturen abgewandt hat? Diese Bewertung könnte anhand eines starren Begriffskonzeptes erfolgen, das einzelne Dimensionen benennt, die es zu erreichen

4 Beispielhaft: Buchheit (2014): 234–240; Sander/Völkel/Murawa/Koch/Gary/Lange (2019); Distanz e. V. (2021); Weilnböck (2022).

5 Distanz e. V. (2021); Adrian/Haase/Heydorn/Murawa/Vögeding/Weilnböck (2022).

6 Tepper (2020b): 311–331.

7 Weilnböck (2022); Baer (2022).

8 Buchheit (2014): 234–240; Sander/Völkel/Murawa/Koch/Gary/Lange (2019); Tepper (2023): 83–98.

9 Weilnböck (2022).

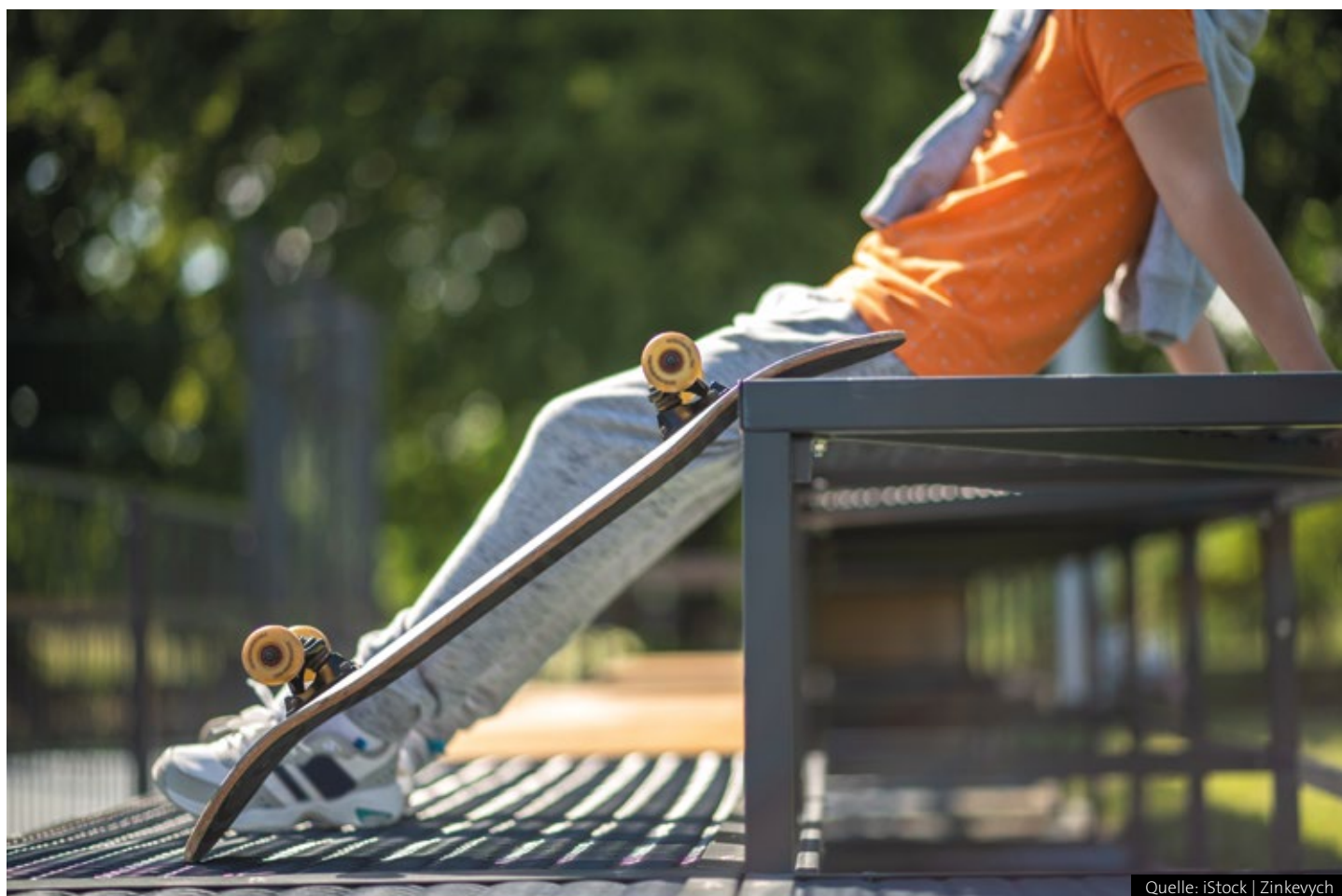
10 Tepper (2020b): 311–331.

11 Distanz e. V. (2021); Adrian/Haase/Heydorn/Murawa/Vögeding/Weilnböck (2022).

12 Sander/Völkel/Murawa/Koch/Gary/Lange (2019); Buchheit (2014): 234–240.

13 Abay Gaspar/Daase/Deitelhoff/Junk/Sold (2018).

14 Rieker (Hrsg.) (2014); Tepper (2023): 83–98; Hohnstein/Greuel (2015); Koch/Saß (2015): 208–218; Saß (2017): 421–428; Tepper (2023): 83–98; Gary/Kaufmann (Hrsg.) (2023).



Quelle: iStock | Zinkevych

gilt – und bei deren auch nur teilweiser Verfehlung nicht mehr von gelungenen Ausstiegs- oder Distanzierungsprozessen zu sprechen wäre. Praktikabler – und vor allem praxisnäher – erscheint es, einen Rahmen oder Korridor als Bezugssystem zu wählen, der differenziertere Einordnungen zulässt. Die äußeren Grenzen der Rahmung würden dabei von Maximal- und Minimalanforderungen an Abwendungsprozesse markiert. Demnach könnten Abwendungsprozesse als gelungen betrachtet werden, wenn rechtsextreme Dresscodes und Insignien gänzlich abgelegt wurden; Kontakte zu rechtsextremen Strukturen und Einzelpersonen vollständig abgebrochen wurden oder höchstens noch zu ausgewählten Einzelpersonen mit Rechtsextremismusbezug bestehen, wie zum Beispiel zu einem Familienmitglied. Diese Beziehungen dürften dann aber nicht politisch aufgeladen sein. Außerdem setzt eine erfolgreiche Abwendung voraus, dass keine delinquenten und devianten Verhaltensweisen oder allenfalls noch deviantes und/oder delinquentes Verhalten abseits des rechtsextremen Spektrums

gezeigt wird; und rechtsextreme Haltungen vollständig zugunsten demokratischer Grundüberzeugungen dekonstruiert wurden oder aber mindestens so weit reduziert sind, dass noch vorhandene Mentalitäten oder Gestimmtheiten nicht mehr handlungsleitend sind.¹⁵ Ein derart angelegter Begriff sollte sowohl geeignet sein, die Ergebnisse von Ausstiegs- wie auch von Distanzierungsarbeit erfassen zu können.

AN WEN WENDET SICH AUSSTIEGSARBEIT – UND WER WIRD MÖGLICHERWEISE NICHT ERREICHT?

Ausstiegsarbeit richtet sich grundsätzlich an alle Menschen, die sich rechtsextremen Kontexten zuordnen und sich von diesen abzuwenden wünschen.¹⁶ Werden Ausstiegsangebote in Bezug auf ihre Adressierungsverfahren und die Arbeitsinhalte respektive die Beratungsangebote jedoch genauer betrachtet, könnte der Eindruck entstehen, dass diese – gleich

¹⁵ Tepper (2020a).

¹⁶ Buchheit (2014): 234–240; Sander/Völkel/Murawa/Koch/Gary/Lange (2019).

ob in freier oder öffentlicher Trägerschaft – vorrangig deviante und delinquente Ausprägungen rechtsextrimer Szenezugehörigkeiten adressieren; zuvorderst gewaltförmige, also ›den typischen‹ Neonazi, der landläufig (leider immer noch) beinahe reflexartig mit Rechtsextremismus assoziiert wird – auch wenn das Gegenteil bekundet werden mag.

Außerdem zeigt ein Blick sowohl in Fachpublikationen wie auch in Presseberichte, dass Ausstiegsbegleitungen ihren Beratungsnehmer*innen (neben dem Angebot der Dekonstruktion rechtsextremer Haltungen) Unterstützung bei Behördengängen angedeihen lassen, sie bei der Verringerung ihrer Sozialisationsdefizite unterstützen, ihnen bei der Bearbeitung von Sucht- oder Schuldenproblematiken behilflich sind sowie ihnen soziale Kompetenzen und alternative Konfliktlösungsstrategien vermitteln, und vieles mehr.¹⁷

Wenn Beratungsnehmer*innen von Aussteigerprogrammen also mindestens implizit über ihre (multiplen) Problemlagen oder gar ihre Gewaltbereitschaft beschrieben werden, wird folglich ein Bild von Rechtsextremist*innen gezeichnet, das zwar auf die Mehrzahl derer, die eine Ausstiegsberatung in Anspruch nehmen, zutreffen mag. Und bestimmt bilden derart skizzierte Menschen grundsätzlich auch den Großteil der potenziell zu erreichenden Gesamtheit der Beratungsnehmer*innen – aber eben nicht alle. Deshalb werden mit solchen Beschreibungen und Skizzierungen mögliche Adressat*innen ausgeschlossen, wenn diese sich von der Ausgestaltung und Ausrichtung der Ausstiegsangebote nicht angesprochen fühlen.

Möglich ist daher, dass nur die Hilfsbedürftigsten und Problembelastetsten derjenigen, die sich von rechtsextrem orientierten Kontexten abzuwenden wünschen, nach Unterstützung durch Aussteigerprogramme suchen – und sich daher die Praxis so entwickelt hat, wie sie sich aktuell abbildet. Denkbar ist aber auch, dass die Aussteigerprogramme ihre Klient*innenschaft durch die Art und Weise der Ausgestaltung der Hilfsangebote – und insbesondere deren Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit – selbst prägen. Denn möglicherweise fühlen sich Menschen, die nach Hilfe suchen und die augenscheinlich nicht dem Bild des – umgangssprachlich ausgedrückt – ›stumpfen Schlägernazis‹ entsprechen, von derartigen Skizzierungen nicht angesprochen oder gar

zu Unrecht in eine bestimmte Schublade gesteckt. Sie denken vielleicht: »Das bin ich nicht. Was soll ich denn bei denen? Wie wollen die mir helfen?«

DAS ERFORDERNIS SPEZIFISCHER BERATUNGSANGEBOTE FÜR VERSCHIEDENE ADRESSAT*INNENGRUPPEN

Möglich ist zudem, dass ein Kern von Beratungsinhalten, -strategien und -methoden existiert (der und dessen Umfang allerdings bislang noch nicht empirisch nachgewiesen wurde), der in allen Ausstiegsberatungsfällen Anwendung finden kann und dort wie gewünscht wirkt. Vorstellbar ist aber auch, dass es additionaler ›Module‹ bedarf, die auf bestimmte Adressat*innen(gruppen) zugeschnitten bzw. für diese entwickelt werden müssen und dann komplementär zu den etablierten und bewährten Beratungsinhalten bzw. -strategien und -methoden zum Einsatz kommen können. Einige ausgewählte Schlaglichter sollen diese These untermauern: So liegt der Anteil von Frauen in der Klient*innenschaft von Aussteigerprogrammen laut Eigenauskünften bzw. der Presseberichterstattung bei zwischen einem und maximal 15 Prozent.¹⁸ Zwar entspricht dies in der Spitze ungefähr auch dem Anteil von Frauen in rechtsextremen Kontexten.¹⁹ Dennoch kann das nicht erklären, warum Frauen ausgerechnet diesem Verhältnis entsprechend Beratung suchen sollten. Warum sind es nicht mehr? Dass Frauen in geringerem Maße Ausstiegsbegleitungen in Anspruch nehmen, könnte auch daran liegen, dass Ausstiegsberatung und die Adressierung von Beratungsnehmer*innen bislang grundsätzlich männlich gedacht werden.²⁰ Maria Lindner unterstreicht diese These mit ihren Ausführungen und zeigt auf, dass es spezieller Beratungsangebote und Adressierungsverfahren bedarf, damit Ausstiegsberatungen Frauen gezielter ansprechen können.²¹

In den vergangenen Jahren und verstärkt noch einmal während der Covid19-Pandemie traten außerdem Gruppen wie Verschwörungsgläubige, Reichsbürger*innen und sogenannte Querdenker*innen stärker in die Öffentlichkeit und gerieten damit auch zunehmend in den Fokus von Ausstiegsbegleitungen. Auf praktischer Ebene werden bereits seit einiger Zeit spezielle Beratungsbedarfe für Angehörige dieser Gruppierungen diskutiert.²² Dabei deutet sich an,

¹⁷ Rieker (Hrsg.) (2014); Tepper (2023): 83–98; Hohnstein/Greuel (2015); KF (2020); Tepper (2023): 83–98; dpa-infocom (2023).

¹⁸ Möller/Küpper/Buchheit/Neuscheler (2015); Böls (2021).

¹⁹ Speit (2017).

²⁰ Tepper (2020b): 311–331

²¹ Lindner (2021).

dass sich Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen nicht von Aussteigerprogrammen angesprochen fühlen, weil sie sich selbst nicht als Teil rechts-extremer Kontexte sehen. Es bedarf daher eigener Konzepte und Adressierungsverfahren, um diese Menschen zu erreichen.²³ Peter Anhalt und Christopher Kieck beschreiben ebenfalls spezielle Anforderungen in Bezug auf Adressierung und Beratung, wenn es darum geht, Anhänger*innen der Reichsbürgerideologie für Abwendungen zu gewinnen und in diesem Prozess zu begleiten.²⁴

Aber auch in Hinsicht auf das Alter der Beratungsnehmenden scheint eine weitere Ausdifferenzierung sinnvoll. Denn eine Evaluation eines Aussteigerprogramms weist aus, dass lediglich 16 Prozent der Beratungsnehmer*innen älter als 30 sind.²⁵ Auch in Zeitungsberichten finden sich Hinweise, dass Klient*innen von Ausstiegsberatungen trägerunabhängig selten älter als 35 Jahre sind.²⁶ Was ist mit Menschen, die dieses Alter überschritten haben? Wollen sie sich grundsätzlich seltener von rechtsextremen Kontexten abwenden? Oder werden sie weniger adressiert? Werden ihre Beratungsbedarfe in der Praxis nicht oder nicht ausreichend abgebildet? Auf diese Fragen gibt es bislang keine zufriedenstellenden Antworten.

Auch im Kontext der sogenannten Neuen Rechten zeigt sich, dass Angehörige dieser Gruppierung(en) von herkömmlichen Ausstiegsangeboten bisher nicht unbedingt erreicht werden. Das liegt auch daran, dass sich die Wahl ihrer Inszenierungs- und Aktionsformen deutlich von denen gewaltorientierter Vertreter*innen rechtsextremer Kontexte unterscheidet. Folglich ist auch der Sanktionsdruck bei Angehörigen dieser Gruppierungen geringer. In Bezug auf Rechtsextreme aus der sogenannten Neuen Rechten hat das Hamburger Projekt Dekonstrukt gezeigt, dass es mindestens spezieller Adressierungsverfahren bedarf, um mit diesen Menschen in Kontakt treten zu können.²⁷

In den vergangenen Jahren waren Rechtsextremist*innen, die in behördliche Strukturen eingebunden sind, wiederholt ein Thema, das medial wie fachlich intensiv diskutiert wurde. Als besonders bedrohlich werden in diesem Zusammenhang Rechts-extremist*innen empfunden, die in Sicherheitsbehörden angestellt sind.²⁸ Auch diese »Staatsfeinde

in Uniform«, wie der Journalist Dirk Laabs sie in seinem gleichnamigen Buch bezeichnet, könnten Adressat*innen von Ausstiegsberatung sein und werden. In diesem Zusammenhang wäre zu klären, ob Ausstiegsberatungen in öffentlicher wie freier Trägerschaft in der Lage sind, auch mit Blick auf diese Adressat*innen den Grad an Vertraulichkeit zu gewährleisten, der erforderlich ist, um Ausstiegsarbeit erfolgreich umsetzen zu können – selbst wenn ihre Klient*innen aus (sicherheits-)behördlichen oder Bundeswehr-Kontexten stammen. Gefragt werden müsste allerdings auch, ob diesen Personen überhaupt das gleiche Maß an Vertraulichkeit zugesichert werden kann und sollte, da sie zum Teil im Umgang mit Waffen geübt sind und Zugang zu diesen haben; da sie unter Umständen Zugriff auf sensible Informationen besitzen, die zum Nachteil anderer Personen eingesetzt werden können; sie sich in Positionen befinden könnten, in denen sie staatliche Gewalt durchsetzen; vor allem aber: weil sie von Menschen, die von Rechtsextremist*innen als Ziel von Diskriminierung, Aggression, Gewalt und Ausgrenzung markiert werden, als besonders bedrohlich empfunden werden. Dies sind nur einige der möglichen Fragen, die es in diesem Zusammenhang zu diskutieren gilt.

Reinhard Koch und Stefan Saß haben außerdem bereits 2015 darauf hingewiesen, dass auch Angehörige terroristischer Gruppierungen Adressat*innen von Ausstiegsarbeit sein könnten.²⁹ Doch die Qualität der Straftaten, die solche Personen und Gruppen zu verüben in der Lage sind, sowie der Umstand, dass Abwendungen von terroristischen Strukturen in rechtsextremen Kontexten als in höchstem Maße negativ sanktionswürdig angenommen werden können, könnte die Erfordernis zur Bereitstellung oder Entwicklung besonderer Maßnahmen, Adressierungsverfahren und Beratungsmethodiken begründen, die über das oben skizzierte Repertoire von Ausstiegsberatung hinausgehen.

VIELFÄLTIGE ANGEBOTE DER AUSSTIEGSBERATUNG SCHAFFEN

Grundsätzlich kann die Entwicklung der Ausstiegsberatungsarbeit in Deutschland als eigenes Berufsbild, das Anleihen in vielen verschiedenen Professionen nimmt, als Erfolgsgeschichte betrachtet werden. Dabei wird es schwerlich das eine Beratungsangebot

²² Niedersächsisches Justizministerium (2021); Niedersächsisches Justizministerium (2023); Anhalt/Kieck (2020): 27–31; Behrens (2021): 36–39; Behrens/Janssen/Pfeil (2022): 101–117.

²³ Behrens/Janssen/Pfeil (2022): 101–117.

²⁴ Anhalt/Kieck (2020): 27–31.

²⁵ Möller/Küpper/Buchheit/Neuscheler (2015).

²⁶ Heidenheimer Zeitung (2015); Lehrke/dpa (2019).

²⁷ Schuhmacher (2018); CJD Hamburg (Hrsg.) (2019); Sigl, Johanna (2020): 56–59.

²⁸ Kempen (2021).

²⁹ Koch/Saß (2015): 208–218.



Quelle: iStock | Valentina Troncoso

geben können, das für alle Menschen passend ist, die sich vom Rechtsextremismus abwenden wollen oder sollten. Der Anspruch, möglichst vielen Menschen einen Ausweg aus dem Rechtsextremismus aufzuzeigen, führt daher zu der Notwendigkeit, Rechtsextremismus in der Vielfalt seiner Erscheinungsformen, Inszenierungsvarianten und Zugehörigkeiten bzw. Selbstverortungen zu begreifen. Diese Vielfalt sollte sich dann auch in den Angeboten der Ausstiegsberatungen widerspiegeln. Das schließt eine kontinuierliche Weiterentwicklung von Beratungsangeboten, -strategien und -methoden ebenso ein wie eine Fortentwicklung von Adressierungsverfahren. Gegebenenfalls könnte es auch angezeigt sein, vollkommen neue Beratungsangebote zu entwickeln (nicht zwingend in anderer Trägerschaft), wenn dies dazu dient, die Ansprache von potenziellen Klient*innen und ihre Akzeptanz der Angebote zu verbessern. Gleichzeitig birgt die Entwicklung bzw. Gründung

neuer, spezialisierter Beratungsangebote das Risiko, eine bereits festgestellte Unübersichtlichkeit in der Landschaft der Ausstiegsberatungsangebote zunehmen zu lassen.³⁰ Grundsätzlich empfiehlt es sich, die eigene Klient*innenschaft auf Personen(gruppen) hin zu untersuchen, die unterrepräsentiert sind, und zu reflektieren, ob die bisherigen Adressierungsverfahren und Beratungsangebote geeignet sind, diese Personen anzusprechen oder abzuholen. Zudem ist es lohnenswert, abseits des identisch scheinenden ›Beratungskerns‹ gezielt nach weiteren Unterscheidungsmerkmalen zwischen Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit zu suchen – nicht, um beide Beratungsstränge weiter voneinander abgrenzen zu können, sondern um das jeweils Typische herauszuarbeiten und die Beratungsfelder inhaltlich stärken und jedes für sich gezielt professionell weiterentwickeln zu können. Gegenseitiges voneinander Lernen schließt sich dabei nicht aus.

³⁰ Böltz (2021).



Quelle: iStock | ASphotowed

Neuere Forschung zeigt zudem, dass außerszenische Kontaktpersonen von Szeneangehörigen Einfluss auf die Entwicklung von Abwendungsmotiven nehmen können und diese positiv zu beeinflussen vermögen – oder sie gar unbeabsichtigt hintertreiben. Letzteres geschieht in der Regel, indem Veränderungsdruck auf Seiten von Szeneangehörigen reduziert wird.³¹ Tragen außerszenische Dritte nicht mehr dazu bei, Veränderungsdruck zu reduzieren, besteht die Chance, Szenezugehörigkeiten zumindest nicht zu verlängern und Adressat*innen frühzeitiger ein Distanzierungs- oder Ausstiegsangebot zu unterbreiten. Darüber hinaus kann individueller Veränderungsdruck sogar noch erhöht werden, wenn rechtsextreme Szenezugehörigkeiten, Handlungen und Einstellungen von außerszenischen Dritten konsequent negativ sanktioniert werden – und Szeneangehörigen im Idealfall gleichzeitig signalisiert wird,

wo und wie sie rechtsextreme Kontexte professionell begleitet wieder verlassen können. Deshalb gilt es, diese Wissensbestände zu Beiträgen außerszenischer Dritter zur Entwicklung von Abwendungsmotiven systematisch in die Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit hineinzutragen. Dies kann helfen, eigene Handlungsrepertoires zu reflektieren und angemessen zu erweitern bzw. nicht intendiertes Verhalten zu reduzieren. In dem Wissen um den eigenen Beitrag zur Förderung oder Verringerung von Abwendungsmotiven liegt das Potenzial, zumindest keinen weiteren Beitrag zur Fortschreibung von rechtsextremen Szenezugehörigkeiten zu leisten und Adressat*innen Hilfsangebote frühzeitiger unterbreiten zu können. Entsprechende Wissensbestände gilt es daher, in die Ausstiegsarbeit zu integrieren und beispielsweise in entsprechende Aus- und Fortbildungen zu implementieren.

³¹ Tepper (2020a); Tepper (2021): 28–32.

LITERATUR

- ▶ Abay Gaspar/Daase/Deitelhoff/Junk/Sold (2018): Was ist Radikalisierung? Hg. v. Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
- ▶ Adrian/Haase/Heydorn/Murawa/Vögeding/Weilnböck (2022): Distanzierungsarbeit (3). Berlin: cultures interactive e. V.
- ▶ Anhalt/Kieck (2020): Praxisimpulse zur Arbeit mit und Ansprache von Reichsbürger*innen im Kontext von Deradikalisierungsmaßnahmen. In: Violence Prevention Network gGmbH (Hrsg.): Schwerpunkt Deradikalisierung in der Praxis. Interventionen, 15
- ▶ Baer (2022): Distanzierungsarbeit (4). Berlin: cultures interactive e. V.
- ▶ Behrens (2021): Verschwörungserzählungen als Herausforderung für die Ausstiegsarbeit. In: Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie (Hrsg.): QUERVERBINDUNGEN
- ▶ Behrens/Janssen/Pfeil (2022): Herausforderungen und Besonderheiten in der »Ausstiegs«-Beratung im Kontext von Verschwörungsnarrativen aus einer fachlich-praktischen Perspektive. In: Lüttig/Lehmann (Hrsg.): Verschwörungstheorien. Baden-Baden: NOMOS
- ▶ Böltz (2021): Exitstrategien für Nazis: Wie gut sind Aussteigerprogramme? Deutschlandfunk Kultur, 29.3.2021
- ▶ Buchheit (2014): Dokumentation der Standorte und Perspektiven behördlicher Aussteigerprogramme. In: Rieker (Hrsg.): Hilfe zum Ausstieg? Weinheim: Beltz Juventa
- ▶ CJD Hamburg (Hrsg.) (2019): Erkennen/Dekonstruieren. Hamburg: Dekonstrukt
- ▶ dpa-infocom (2023): Ausstiegsprogramm Signal für rechts-extreme Szene. In: Zeit Online, 07.09.2023
- ▶ Distanz e. V. (2021): Have a »BRAKE« have a Distanzierungsprozess. Weimar. https://journal-exit.de/wp-content/uploads/2021/06/28_05_2021Have-a-BRAKE-have-a-Distanz.pdf, zuletzt geprüft am 5.7.2021
- ▶ Gary/Kaufmann (Hrsg.) (2023): Einblick in eine Auswahl pädagogischer Konzepte und Methoden des Nordverbunds Ausstieg Rechts. Hamburg: CJD Hamburg
- ▶ Heidenheimer Zeitung (2015): Rechtsextreme: Polizei und Staatsschutz überprüfen 30 Männer, 25.09.2015
- ▶ Hohnstein/Greuel (2015): Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V.
- ▶ Lehrke/dpa (2019): Berlin startet Projekte zur Deradikalisierung von Extremisten. In: Berliner Zeitung. <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/berlin-startet-neues-deradikalisierungs-projekt-fuer-extremisten-li.1766>, zuletzt geprüft am 15.8.2020
- ▶ Lindner (2021): Ausstiegsarbeit an den Bedürfnissen von Frauen orientieren. Hg. v. Distance – Ausstieg Rechts. https://distance-ausstieg-rechts.de/veroeffentlichungen/#dearflipdf_1461/1/, zuletzt geprüft am 10.8.2021
- ▶ Kempen (2021): Auf dem rechten Weg? München: Europa Verlag
- ▶ KF (2020): Extremismusprävention mit der »Aktion Neustart«. Polizei dein Partner. Hilden. <https://www.polizei-dein-partner.de/themen/gewalt/extremismus/detailansicht-extremismus/artikel/extremismuspraevention-mit-der-aktion-neustart.html>, zuletzt geprüft am 7.9.2023
- ▶ Koch/Saß (2015): Erfolgreich aussteigen. In: Langebach/Habisch (Hrsg.): Zäsur? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- ▶ Möller/Küpper/Buchheit/Neuscheler (2015): Evaluation des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten des Landes Nordrhein-Westfalen. Hg. v. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen. Esslingen
- ▶ Niedersächsisches Justizministerium (2021): Aussteigerprogramme Rechtsextremismus: Praxis- und Erfahrungsaustausch in Verden. <https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/aussteigerprogramme-rechtsextremismus-204890.html>, zuletzt geprüft am 27.1.2022
- ▶ Niedersächsisches Justizministerium (2023): Gegen Rechtsextremismus: Landespräventionsrat im Niedersächsischen Justizministerium lud zum bundesweiten Fachaustausch der Aussteigerprogramme ein. Hannover. <https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/gegen-rechtsextremismus-landespraeventionsrat-im-niedersaechsischen-justizministerium-lud-zum-bundesweiten-fachaustausch-der-aussteigerprogramme-ein-221826.html>, zuletzt geprüft am 28.4.2023
- ▶ Rieker (Hrsg.) (2014): Hilfe zum Ausstieg? Weinheim: Beltz Juventa
- ▶ Sander/Völkel/Murawa/Koch/Gary/Lange (2019): Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit. Jena: Bundesarbeitsgemeinschaft »Ausstieg zum Einstieg e. V.«
- ▶ Saß (2017): Prozessorientierte Ausstiegsbegleitung. In: Marks/Steffen (Hrsg.): Prävention und Freiheit. Mönchengladbach: Forum-Verl. Godesberg
- ▶ Schuhmacher (2018): Erfahrungen und Ansatzpunkte der pädagogischen Praxis und Distanzierungsarbeit im Kontext der sogenannten »Neuen Rechten«. Hg. v. CJD Nord, Hamburg: Dekonstrukt
- ▶ Sigl, Johanna (2020): Die Neue Rechte als Gegenstand digitaler pädagogischer Interventionen. Befunde einer ersten Praxis-evaluation. In: FORUM für Kinder und Jugendarbeit 36 (2)
- ▶ Speit (2017): Im Hauptquartier der Ausstiegsprofis. In: die tageszeitung. <https://taz.de/Archiv-Suche/15382034/>, zuletzt geprüft am 18.8.2020
- ▶ Tepper (2020a): Nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein ... Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft
- ▶ Tepper (2020b): Anbahnung und Unterstützung institutioneller Begleitungen der Abwendung von rechtsextrem orientierten Szenezusammenhängen. In: Lüttig/Lehmann (Hrsg.): Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus. Baden-Baden: NOMOS
- ▶ Tepper (2021): Abwendung vom Rechtsextremismus. In: Forum Kriminalprävention (4)

- ▶ Tepper (2023): ... in die rechtsextreme Szene und wieder retour ... In: Gaus/Müller-Teusler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Weinheim: Beltz Juventa
- ▶ Weilnböck (2022): Distanzierungsarbeit (1). Berlin: cultures interactive e. V.
- ▶ Wesche (2014): Ausstiegshilfen für Angehörige der rechtsextrem orientierten Szene. In: Baer/Möller/Wiechmann (Hrsg.): Verantwortlich Handeln: Ansätze der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Leverkusen: Barbara Budrich, 149–160
- ▶ Zick/Küpper/Mokros (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

#Jugendkulturarbeit

#HipHop

Breathe in – Break out! durch Hip Hop in Halle

VON MAX RADEMACHER, BREATHE IN – BREAK OUT!

Ziel dieses Artikels ist es, am Beispiel non-formaler Bildungsangebote, die im Rahmen des Projekts Breathe in – Break out! mit jungen Menschen in Halle durchgeführt wurden, Wirkungsweisen von Empowerment herauszuarbeiten und zu erklären. Dies geschieht auf der Grundlage empirischer Beobachtungen, die aus der Arbeit mit 17 jugendlichen Teilnehmer:innen und zehn Erwachsenen zwischen März 2013 und August 2021 stammen. Ich selbst bin Gründungsmitglied von Breathe in – Break out! und leidenschaftlicher Hip Hopper. Seit 1998 breake und sprühe ich, seit 2009 rappe ich und organisiere soziale Projekte.

Nach unserem Verständnis von Hip-Hop-Kultur setzt sich diese aus vier Elementen zusammen: aus Breakdance, Rap, Graffiti und DJing. Es geht dabei in erster Linie um Empowerment: Für die jungen Latinx, Afro-Amerikaner:innen und die weißen aus den New Yorker Ghettos der 1970er Jahre gehörten schwere Kriminalität, Gang- und Polizeigewalt, Drogensucht, Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut und Rassismus betroffenheit zum Alltag. Hip Hop und dessen Schlagworte »Peace, Love and Unity« boten für sie einen Richtungswechsel: von Selbstzerstörung zu Selbstentfaltung, von Abgrenzung zu Öffnung. Es ging um die Bildung persönlicher und kollektiver Resilienz, also um die Entwicklung eines souveränen, nach außen geöffneten Selbstbildes und um die Vermittlung von Werten, die ein funktionierendes, auf Gemeinsamkeit gerichtetes Miteinander ermöglichen.

Unsere Arbeit mit den halleschen Teilnehmer:innen folgte darauf aufbauend verschiedenen Prinzipien:

1. Dazu gehörte die Existenz eines übergeordneten Aktionsnarrativs, das den einzelnen Angeboten eine Kohärenz verleiht und die gesellschaftspolitische Bedeutung des künstlerischen Wirkens der Teilnehmenden begründet. Das Narrativ setzt engagierte Hip Hopper:innen in Szene, die sich selbst empowern und konstruktiv in die Gesellschaft einmischen.¹
2. Das Wirken der Erwachsenen als »organische Pädagog:innen«, also als Personen, die der gleichen subkulturellen Szene wie die Teilnehmer:innen angehören, aufgrund ihres Könnens von ihnen als Leitfiguren anerkannt werden und deshalb Einfluss auf die Gruppe haben.
3. Das systematische Agieren von Pädagog:innen und Lernenden innerhalb eines demokratisch organisierten Kollektivs mit niedrigen Zugangsbarrieren sowie pluralistischer und heterogener Besetzung.
4. Die Gleichbehandlung der Teilnehmenden ungeachtet ihrer körperlichen und sozialen Merkmale (wie Alter, Geschlecht, soziale Herkunft, Wohnort, Religion usw.).
5. Die Einhaltung von Nichtverbindlichkeit bzw. Freiwilligkeit der Teilnahme bei allen Angeboten.

¹ <https://breatheinbreakout.de/each-one-teach-one/>

² Zu hören auf soundcloud.com/breathe-in-break-out/sets/voices-of-2013-1

³ Mehr über #missionimpfpossible auf breatheinbreakout.de/#missionimpfpossible

⁴ Hip Hop Declaration of Peace. Online unter thetempleofhiphop.wordpress.com/hip-hop-declaration-of-peace/



Breathe in – Break out! | Erorock

Bei Projektbeginn im Jahr 2013 waren die sozialen und politischen Problemlagen im Alltag der Teilnehmer:innen, die zwischen 16 und 26 Jahre alt waren, spürbar: Alltagsrassismus, der afrodeutsche Teilnehmer:innen betraf; Verschwörungsideologien im unmittelbaren sozialen und schulischen Umfeld; im Viertel ansässige rechtsextreme Bürgerbrigaden, deren deklariertes Ziel es war, zugezogene Rom:nja und Sinti:zze zu vertreiben; Graffiti-Crews, die großformatig Deutschlandflaggen in ihre Wandbilder einbanden und bei den von uns organisierten Angeboten präsent waren; andere Jugendliche, die im Jugendklub offen mit der Identitären Bewegung sympathisierten; zerrüttete Elternhäuser, die von familiärer Gewalt und Alkoholismus gekennzeichnet waren und sich in Erziehungs- und Bildungsdefiziten manifestierten; unerfüllte psychische und materielle Bedürfnisse; persönliche Angst, Ignoranz und Vorurteile, welche die Teilnehmer:innen davon abhielten, sich selbstständig außerhalb des eigenen vertrauten Stadtviertels zu bewegen. Dennoch zeigte sich schnell, dass alle Teilnehmer:innen trotz ihrer jeweiligen Benachteiligungen und Abwertungserfahrungen insgesamt eine sozial und politisch belastbare

tolerante Haltung an den Tag legten und zu einer gemeinschaftsorientierten, lebendigen Gruppendynamik beitrugen.

Die eingangs erwähnten Prinzipien wurden von einem fluktuierenden Zusammenschluss von Personen umgesetzt, deren Biographien so unterschiedlich waren, dass es untertrieben wäre, von Meinungspluralismus zu sprechen. Vereint waren die Mitglieder in ihrer Leidenschaft für Hip-Hop-Kultur und ihrer Suche nach Formen einer lebendigen Hip-Hop-Praxis, welche im Prozess der Vermittlung an Jüngere zur Geltung kommen. Darüber hinaus war die Suche nach Resilienz und der Überwindung persönlicher Krisenerfahrungen allen Teamenden gemein: darunter Schulabbrüche, Erfahrungen sozialen Abstiegs, Langzeitarbeitslosigkeit, Perspektiv- und Orientierungslosigkeit, Psychiatrieaufenthalte in Folge persönlicher und beruflicher Krisen, Existenz von Traumata sowie Erfahrungen mit Suchterkrankungen. Ebenso gemein war den Mitgliedern die Überwindung solcher Herausforderungen. Von diesen Resilienzenerfahrungen konnten die jugendlichen Teilnehmer:innen sichtlich profitieren.

Die Formate umfassten ein regelmäßiges Kursangebot, bestehend aus Rap, Gesang, Urban Dance, Breakdance, Trommeln und Graffiti; regelmäßig stattfindenden Shows und Mini-Festivals in etablierten Jugendklubs, Kulturzentren, Partylocations oder auf dem halleschen Marktplatz; große internationale Breakdance-Battles und Rap-Konzerte. Die Teilnehmer:innen wirkten daran künstlerisch mit, übernahmen aber auch praktische logistische und organisatorische Aufgaben, wie z. B. die Bewerbung der Events, den Einlass, die Moderation sowie die Mithilfe beim Auf- und Abbau.

AUSTAUSCH ÜBER EIGENE ERFAHRUNGEN STÄRKEN

Hinsichtlich des Empowerments der Teilnehmer:innen lassen sich mehrere Beobachtungen anstellen: So zeigte sich deutlich, dass die Teilnehmer:innen zunehmend an Selbstvertrauen gewannen und begannen, offen über eigene Rassismuserfahrungen zu sprechen. Beispielsweise entstand während eines Rap-Workshops im August 2016 ein Gespräch zwischen jungen Afrodeutschen, die im Plattenbau wohnten und selbst bereits rappten, und dem aus den Antillen stammenden und in Frankreich aufgewachsenen DJ Taj über den Umgang mit Alltagsrassismus. Dies lag im Rap-Workshop nahe, da Rassismuserfahrungen und ihre Thematisierung im Hip-Hop-Milieu weit verbreitet sind. Es entstand ein werturteilsfreier Austausch, der manchen Teilnehmern nicht leicht fiel und für viele mit Scham behaftet war. Prägend für diesen Austausch war aber die Unvoreingenommenheit der Teilnehmer. Anders als mehrfach geführte Debatten über die beispielsweise sexistischen Inhalte ihrer Raptexte stand bei ihnen in diesem Fall nicht die starre Verteidigung der eigenen Position an erster Stelle, sondern das offene Hinterfragen und die Erörterung von Diskriminierungserfahrungen. Das Empowerment bestand hier also in der Schaffung eines sicheren Raums, in dem Betroffene über ihre Diskriminierungserfahrungen in den Austausch kommen können. Im Laufe des Gesprächs zeichnete sich ab, dass die Jugendlichen in ihrem Alltag keinen Raum und keine Gesprächspartner:innen hatten, um ihre Erfahrungen überhaupt zur Sprache zu bringen und zu verarbeiten. Es wurde deutlich, dass sie es gewohnt waren, verbale Angriffe im Alltag hinunterzuschlucken und als »normal« abzutun. Anders

gesagt: Sie nahmen an, dass auch eine Verteidigung nichts an ihrer von Rassismus geprägten Lebenssituation ändern würde. Den Austausch mit DJ Taj erlebten die Teilnehmer deshalb als bestärkend. Sie fühlten sich in ihrer eigenen Lebensrealität weniger machtlos und isoliert und empfanden darüber hinaus Solidarität mit Taj.

Ein zweiter Mechanismus des Empowerments bestand in der Schaffung von Situationen des Transfers, also der eigenständigen Übernahme und Aneignung von politisch-progressiven Positionen. Zum einen schuf das Projekt prägende Momente der Begegnung zwischen den Teilnehmenden und Akteur:innen, zu denen es ohne Breathe in – Break out! nicht gekommen wäre. Zu nennen sind hier insbesondere die im Mai und Juli 2013 stattfindenden Begegnungen mit Biko MC aus Simbabwe. Er ist Mitbegründer der African Hip Hop Caravan, ein einige Monate zuvor ins Leben gerufenes panafrikanisches, basisdemokratisches Projekt, welches Botschaften für soziale Gerechtigkeit und gegen neokoloniale Unterdrückung mittels Workshops, Konferenzen und Konzerten in afrikanischen Slums und Innenstädten verbreitet, um dort Basiskollektive zu stärken. Die halleschen Jugendlichen rappten und sangen gemeinsam mit Biko live auf der Bühne und nahmen Studiosongs auf, die zum Jahresende auf einer CD-Compilation erschienen.² An diesen Moment schloss zwei Jahre später eine Folgebegegnung mit einem weiteren Gründer der Hip Hop Caravan, dem aus Portland stammenden afroamerikanischen Rapper und Antirassismus-Aktivisten Mic Crenshaw, an. So erlebten die Jugendlichen zwei Menschen aus unmittelbarer Nähe, deren Körpersprache, Energie und Stimmgewalt den Slogan »Eine andere Welt ist möglich« des zu der Zeit noch maßgeblichen Weltsozialforums personifizierten.

NEUE PERSPEKTIVEN ERMÖGLICHEN

Zwei exemplarische Beispiele können zudem illustrieren, wie die Teilnehmer:innen durch ihre direkte Mithilfe bei der Organisation von Events in Kontakt mit Themen und Positionen kamen, die sie bis dato kaum beschäftigt hatten. So ist Breathe in – Break out! der Ansicht, dass wir als Hip-Hop-Aktivist:innen zum Gender Mainstreaming in einer männerdominierten Szene beitragen können, indem wir die

Rolle von Frauen* bei unseren Events hervorheben. Beispielsweise indem wir mindestens einen der Jury-Sitze bei einem Breakdance-Battle an eine Frau* vergeben. Intern wurde dieser Ansatz von einer Teilnehmerin und Breakdancerin zunächst in Frage gestellt. Sie war der Ansicht, Frauen* stünden im Hip Hop bereits genug Chancen zur Verfügung – sie müssten diese nur ergreifen. Trotzdem wirkte sie weiter am Projekt mit und stemmte anlässlich des internationalen Frauenkampftags am 8. Mai 2020 mit uns ein »Strictly Female« Hip-Hop-Konzert. Die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum hinaus selbstständig an diesem Projekt mitzuwirken, führte schließlich zur Infragestellung ihrer bisherigen Position. Einige Monate später vertrat sie der lokalen Presse gegenüber die Meinung, dass auch im Hip Hop ein aktives Gender Mainstreaming nötig sei. Das zweite Beispiel betrifft eine Kampagne mit dem Ziel, Jugendliche für die Gefährlichkeit von Verschwörungstheorien im Netz zu sensibilisieren, welche im Zuge der Coronapandemie massiv online verbreitet wurden. Im Juni 2021 organisierten wir ein Breakdance-Battle mit über 350 Personen aus ganz Deutschland. Alle Besucher:innen wurden von uns gegen Verschwörungsideologien »geimpft«, indem sie am Einlass einen »Impfpass gegen Verschwörungsideologien« erhielten und sich das Infotainment-Video »Mission Impfpossible« auf einer Großleinwand ansehen konnten.³ Indem die Teilnehmer:innen bei der Umsetzung der Kampagne mithalfen, wurde ihr Problembewusstsein für dieses Phänomen gestärkt. Um einen Teilnehmer zu zitieren: »Mir war zwar schon lange bewusst, dass es Verschwörungstheorien gibt. Jedoch dachte ich nicht, dass sie eine wirkliche Gefahr darstellen können, weil ich solche Sachen immer als Witz angesehen habe«.

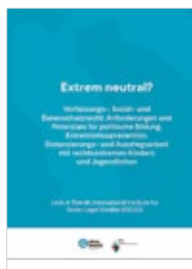
Zum Teil führten die Ansichten der Jugendlichen und ihr Faible für eher kommerzielle Musik aber auch zu intensiven Diskussionen im Orga-Kollektiv. Dies war beispielsweise im April 2014 der Fall, als Jugendliche in einem Raptext erzählten, möglichst viel Geld verdienen zu wollen und Reichtum als Lösung aller persönlichen Probleme darstellten. Die Teilnehmer, die in ihrer Freizeit viel kommerziellen, sexistischen Trap hörten und diesen in ihren Raps nachahmten, bestanden darauf, den Track live aufzuführen und auf den Social-Media-Kanälen von Breathe in – Break out! zu teilen. Sie waren der Ansicht, dass auch solche Aussagen zu Hip Hop gehören. Innerhalb

des Orga-Kollektivs entbrannten in der Folge intensive Debatten über die Frage, wie ein pädagogischer Umgang und eine politische Bildung ohne Bevormundung mit diesen Inhalten aussehen kann.

Durch die Vermittlung von politischen Fertigkeiten konnte Breathe in – Break out! wiederholt die Handlungsfähigkeit der Jugendlichen stärken. So organisierte das Projekt 2013 anlässlich des International Rap Day, der jedes Jahr am 3. Mai stattfindet, auf dem haleschen Marktplatz eine Jam mit einem Open Mic, Breakdance, Urban Dance und Capoeira, die an die 100 Personen zusammenbrachte und den ganzen Nachmittag lief. Zwei junge Teilnehmerinnen trugen selbst ausgewählte Artikel der Internationalen Hip-Hop-Friedenserklärung vor. Sie lasen den 7. Grundsatz zur Unverkäuflichkeit von Hip Hop als Kultur, den 14. Grundsatz über Hip Hop als Waffe gegen Ungerechtigkeiten sowie den 17. Grundsatz über das Gebot gegenseitiger Hilfe zwischen Hip Hopper:innen vor.⁴ Dass öffentliche Reden mit progressiven Botschaften auf diesem zentralen Platz in Halle gehalten werden, ist selten, erst recht von Teenager:innen. Die beiden bewiesen Mut, gewannen an Selbstbewusstsein, und erprobten eine Kompetenz, die sie auch in anderen Lebenslagen einsetzen können.

CAN'T STOP, WON'T STOP!

Die hier dargestellten Empowerment-Prozesse waren eingebettet in künstlerische Aktionen und Events, die es ermöglichten, dass die angesprochenen Themen und Inhalte von den Teilnehmenden direkt erfahren werden. Die Angebote von Breathe in – Break out! sind stets interessensbasiert und begründet in der Lust der Teilnehmenden, sich kreativ und über Hip Hop auszudrücken, stellen ihre Selbstwirksamkeit in den Mittelpunkt und suchen systematisch den Kontakt mit der Öffentlichkeit und mit Leuten, die selbst nicht Teil der Szene sind. So wurden die Jugendlichen sensibler für die Diskriminierungen und sozialen Widersprüche, die innerhalb der von ihnen geliebten Subkultur und ihrem eigenen Leben besonders häufig vorkommen. Besonders stolz waren die Teilnehmer:innen, als sie für ihre Reden auf dem Marktplatz Applaus bekamen. Insgesamt konnten sie ihr Gespür dafür stärken, wie sie mit Hip Hop gesellschaftliche Kritik anbringen, Positives bewegen und Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen übernehmen können.



Rechtsexpertise »Extrem neutral?«

In dieser Rechtsexpertise setzt sich der Jurist Leon A. Brandt mit den verfassungsrechtlichen Grundlagen des politischen Neutralitätsgebots auseinander. Ein Schwerpunkt liegt auf der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit rechtsextremen jungen Menschen im schulischen Kontext sowie in der Kinder- und Jugendhilfe. Brandt erklärt, auf welcher rechtlichen Grundlage pädagogische Fachkräfte mit Minderjährigen, die menschenverachtende und demokratiefeindliche Haltungen äußern, in einen vertrauensvollen Kontakt kommen können und wann eine Zustimmung der Erziehungsberechtigten erforderlich ist. Außerdem geht die Expertise vertieft auf die datenschutzrechtlichen Anforderungen ein, die für die Präventions- und Distanzierungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen gelten.

Die Rechtsexpertise können Sie auf cultures-interactive.de herunterladen oder ein gedrucktes Exemplar per Mail bestellen.

Intervision und kollegiale Fallberatung

EIN ANGEBOT DER FACHSTELLE
RECHTSEXTREMISMUSPRÄVENTION

Pädagogische Fachkräfte haben in ihrer Arbeit häufig mit Äußerungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen, aber auch von Kolleg*innen zu tun, die menschenverachtend, rassistisch, sexistisch, antisemitisch oder ähnliches sind. Viele Fachkräfte haben bereits einen versierten Umgang mit solchen Situationen entwickelt – manchmal ist aber auch eine langfristige Handlungsstrategie nötig. Daher bietet cultures interactive e. V. auf Anfrage kostenlose kollegiale Fallberatungen an, die von einer erfahrenen Beratungsfachkraft angeleitet und moderiert werden. Dieses Angebot richtet sich an einzelne Fachkräfte und ganze Teams, die sich untereinander oder mit anderen Fachkräften über herausfordernde Situationen im Kontext von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit austauschen möchten. Ob einmalig oder in regelmäßigen Abständen, ob in Präsenz oder online – wir bemühen uns, den Bedarfen der Beratungsnehmer*innen möglichst gut gerecht zu werden.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch die



Bundeszentrale für
politische Bildung

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT



**BERLIN GEGEN
GEWALT**

Landeskommission
Berlin gegen Gewalt



fa:rp
Fachstelle
Rechtsextremismusprävention



Fachstelle Rechtsextremismusprävention
cultures interactive e. V.

Mainzer Str. 11 · 12053 Berlin
Tel. +49 30 60 40 19 50
Fax +49 30 60 40 19 46

info@cultures-interactive.de
www.cultures-interactive.de

Redaktion: Marie Jäger, Lena Schulze Frenking, Niklas Vögeding

V.i.S.d.P.: Silke Baer

Grafik/Layout: Conny Agel, sevenminds

>blickwinkel erscheint im Rahmen der Tätigkeit der Fachstelle Rechtsextremismusprävention (cultures interactive e. V.) als Teil des bundesweiten Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.